



[21.02.2011]

Interventionen zum Thema Sprachengebrauch

Jadin »verblüfft«, Stoffels vertröstet

Die Sprachengesetzgebung ist das eine, ihre praktische Umsetzung etwas ganz anderes. Denn nach wie vor sind viele Verwaltungsbehörden nicht Willens oder in der Lage, mit deutschsprachigen Bürgern in deren Muttersprache zu kommunizieren. Probleme bestehen auch bei der Übersetzung von Gesetzestexten. Sowohl die Kammerabgeordnete Katrin Jadin (PFF-MR) als auch der Regionalparlamentarier Edmund Stoffels (SP-PS) intervenierten in Brüssel bzw. Namur zu diesem Thema.

In einer parlamentarischen Frage an den wallonischen Minister Jean-Marc Nollet (Ecolo) wollte Stoffels wissen, was die Regierung zu tun gedenke, um die immer noch bestehenden Mängel im Bereich der Sprachengesetzgebung zu beseitigen. »Es geht nicht an, dass die deutschsprachigen Bürger mit Entscheidungen konfrontiert werden, die sie zwar betreffen, die sie jedoch sprachlich nicht oder nur teilweise verstehen - und zwar umso weniger, als diese oft in einem Juristenfranzösisch geschrieben werden«, so der Amelener Regionalabgeordnete. Minister Nollet listete in seiner Antwort auf, was die Region bereits unternahme, um den Deutschsprachigen das Leben zu erleichtern. So unterhalte man in Eupen ein Informationszentrum, das perfekt zweisprachig funktioniere. Auch will Nollet bei kommenden Anwerbungsprozeduren für Personal darauf achten, dass gezielt nach zweisprachigem Personal gesucht werde. »Diese Versprechungen«, so Stoffels, »haben bereits die Vorgänger des aktuellen Ministers gemacht«.

Er bemängelt beispielsweise, dass die koordinierte Version des Raumordnungsgesetzbuches nur in Französisch, und nicht in Deutsch vorliegt, obwohl das Parlament einstimmig einem Dekretvorschlag zugestimmt habe, in dem die Regierung ausdrücklich aufgefordert werde, die koordinierte Version in beiden Sprachen vorzulegen. »Allerdings vertröstet mich der zuständige Minister Philippe Henry (Ecolo, A.d.R.) auf später. Ich erachte die Nicht-Respektierung der Gesetze seitens der Regierung als problematisch.«

Im Innenausschuss der Kammer erinnerte die Eupener Abgeordnete Katrin Jadin die zuständige Ministerin Annemie Turtelboom (Open VLD) nochmals an die genaue Vorgehensweise bei der Übersetzung von Gesetzestexten. Das entsprechende Gesetz von 2007, das die Übersetzung von Gesetzen sowie Königlichen und Ministeriellen Erlassen auf föderaler Ebene in die deutsche Sprache regelt, trat im Jahr 2009 in Kraft. Seit dem 1. Januar 2009 sendete die ZDDÜ (Zentrale Dienststelle für deutsche Übersetzungen mit Sitz in Malmedy) dem Dienst des Staatsblattes die komplette oder teilweise deutsche Übersetzung von 278 legislativen Texten. Die ZDDÜ, die dem Innenministerium untersteht, ist beauftragt, die Übersetzung von Gesetzen in die deutsche Sprache zu gewährleisten, während jeder Minister sich verpflichtet, die deutsche Übersetzung der Erlasse seines Ministeriums zu übernehmen.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat dem Innenministerium 2009 die ständige Aktualisierung der 148 Königlichen und Ministeriellen Erlasse vorgeschlagen. Hierbei handelt es sich um Erlasse, die bereits durch den ZDDÜ ins Deutsche übersetzt wurden und deren nachträgliche Abänderungen prioritär übersetzt werden sollen. Diese Priorität werde vom Innenministerium eingehalten, so Innenministerin Annemie Turtelboom.

Zudem sei die Übersetzung von neuen Erlassen, die von Interesse für die Bewohner der deutschsprachigen Region seien, gesichert. »Ich freue mich, dass ein koordinierter Ablauf bei der

Übersetzung ins Deutsche gesichert ist und wird«, so Kattrin Jadin. »Dennoch bin ich verblüfft, dass diese Antwort völlig widersprüchlich zu meinen bisherigen Informationen ist. Als Föderalabgeordnete bin ich aber gerne bereit, in einer solchen Situation für Klärung zwischen den föderalen Behörden und der DG zu sorgen.«

© GRENZ-ECHO 2011 [Quelle: <http://www.grenzecho.net/>]